



Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel, MdB
Bundeskanzleramt
11012 Berlin

Berlin, 25.11.2011

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Berlin-Bonn-Gesetz und Pläne des Bundesverteidigungsministers

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

in der Koalitionsvereinbarung 2009 und auch bei weiteren Gelegenheiten haben Sie persönlich unmissverständlich die Einhaltung des Berlin-Bonn-Gesetzes zugesagt. Darauf müssen sich die Menschen verlassen können. Das aktuelle Handeln des Bundesverteidigungsministers konterkariert allerdings Ihre Zusagen. Wir fordern Sie auf, die Einhaltung des Berlin-Bonn-Gesetzes durchzusetzen.

Bereits in den beiden letzten Wochen haben Vertreter der Ministeriumsleitung in internen Gesprächen deutlich gemacht, dass der Bundesverteidigungsminister massiv Stellen von Bonn nach Berlin verlegen will. Am Donnerstag hat nun Staatssekretär Beemelmans gegenüber Personalräten in einer einberufenen Informationsrunde verkündet, dass eine Verkleinerung des Ministeriums von 3.000 auf 2.000 Beschäftigte beschlossen sei, von denen nur 750 in Bonn verbleiben werden (derzeit 2.500 Mitarbeiter in Bonn). Er legte den Personalräten drei Varianten vor, die sich aber nur in der Geschwindigkeit des Umzugs unterschieden. Der Minister werde sich am 6.12. für eine dieser Varianten entscheiden, so Beemelmans weiter.

Das Berlin-Bonn-Gesetz schreibt unmissverständlich vor, dass die Mehrzahl der in den Ministerien beschäftigten Mitarbeiter in Bonn verbleiben soll. Setzt sich Bundesverteidigungsminister de Maizière mit seinen Plänen durch, werden in Zukunft nur noch 6.250 Beschäftigte in Bonn, aber fast 11.000 in Berlin in den Ministerien beschäftigt sein. Dies ist ein klarer Verstoß gegen das Gesetz. Andere Minister könnten sich bei einem „Erfolg“ de Maizières ermuntert fühlen, ebenfalls rechtswidrig Verlagerungen von Ministeriumseinheiten durchzuführen.



Über Ihre regelmäßigen „Bekanntnisse“ zum Berlin-Bonn-Gesetz hat sich die Region immer gefreut. Trotz aller Bekanntnisse steht nun eben doch ein klarer Bruch des Gesetzes unmittelbar bevor. Daher haben wir eine kurze, aber sehr klare Frage: Werden Sie als Bundeskanzlerin diesen Umzug von großen Teilen des Verteidigungsministeriums nach Berlin stoppen oder lassen Sie den Rechtsbruch zu? Angesichts des Entscheidungszeitplans des Ministers bitten wir um eine eindeutige Antwort bis zum Ende des Monats!

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler

Volker Beck

Matthias W. Birkwald

Wolfgang Bosbach

Martin Dörmann

Katja Dörner

Ulrich Kelber

Kerstin Müller

Dr. Rolf Mützenich

Andrea Nahles

Dr. Michael Paul

Erwin Rüdgel

Paul Schäfer

Elisabeth Winkelmeier-Becker